

90. Jahrestag des Frauenwahlrechts: Studie belegt geringen Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik

Vor 90 Jahren - am 12. November 1918 - wurde in einem Aufruf an das deutsche Volk das Wahlrecht für Frauen proklamiert. Aus diesem Anlass stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erste Ergebnisse einer Untersuchung über Kommunalpolitikerinnen in Deutschland vor.

Das zentrale Ergebnis der Studie: Es gibt noch immer zu wenig Frauen in der Kommunalpolitik. 2006 wurden lediglich 33 von 218 größeren Städten von einer Oberbürgermeisterin regiert. Das entspricht einem Anteil von 15 Prozent.

Bundesministerin Ursula von der Leyen sprach anlässlich des Jahrestages den Frauen mehr Mut zu, sich für politische Mandate und Ämter zu bewerben: "In den zurückliegenden 90 Jahren haben wir viel erreicht. Mit einem Frauenanteil im Bundestag von 32 Prozent liegt Deutschland heute über dem europäischen Schnitt von 23 Prozent. In den höchsten Regierungsämtern liegen wir mit einer Bundeskanzlerin und sechs Ministerinnen EU-weit auf dem vierten Platz. Auf kommunaler Ebene haben wir allerdings noch erheblichen Nachholbedarf. Ich möchte das Jubiläum daher nutzen, um Frauen zu ermutigen: Wagen Sie den Schritt in die Kommunalpolitik!"

Studie zeigt: Ehrenämter sind das Sprungbrett in die Kommunalpolitik

In der bisher umfangreichsten empirischen Studie über Kommunalpolitikerinnen in Deutschland wurden mehr als 1.000 ehrenamtliche Stadt- und Gemeinderätinnen befragt. Hinzu kamen Interviews mit ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen. Wichtige Ergebnisse der Untersuchung sind:

- Der Frauenanteil in den ehrenamtlichen Kommunalvertretungen beträgt durchschnittlich 24 Prozent. Ihr Anteil in den einzelnen Bundesländern variiert zwischen 28 Prozent (Schleswig-Holstein) und 21 Prozent (Saarland).
- Freiwilliges Engagement von Kindheit an ist entscheidend für den Einstieg in die Kommunalpolitik. 86 Prozent der Befragten waren vor Übernahme des kommunalpolitischen Amtes ehrenamtlich engagiert, 60 Prozent davon in Vereinen oder Elternvertretungen.
- Der häufigste Beweggrund für ein kommunalpolitisches Engagement ist der Wunsch, sich "über den eigenen Tellerrand hinaus" für etwas engagieren zu wollen. 81 Prozent und damit die meisten der befragten Frauen gaben diesen Grund an. 41 Prozent wollten ein konkretes Thema in ihrer Gemeinde oder Kommune voranbringen.

Kampagne "FRAUEN MACHT KOMMUNE" wirbt für Engagement

An diesem Punkt setzt die Kampagne "FRAUEN MACHT KOMMUNE" des Bundesfamilienministeriums an. Sie wirbt dafür, dass sich künftig mehr Frauen in kommunalpolitischen Ämtern engagieren. Organisationen, die über viele engagierte Frauen verfügen, sollen dazu beitragen, Frauen aus ihren eigenen Reihen zur Mitarbeit in kommunalpolitischen Gremien zu ermutigen und zu qualifizieren.